Die Linke
Stadtverband Leipzig

Materialien

für die 2. Tagung
des 10. Stadtparteitages

Heft 3

- Antragsübernahmen -
- Dringlichkeitsanträge -

am 28. November 2026
im Kupfersaal Leipzig
Kupfergasse 2

Inhaltsverzeichnis

2 Inhalt
3 Vorschlag Tagesordnung und Zeitplan
4 Antragsneufassungen und Änderungen
4 ÄA1.39 NEU: Wir stehen nicht auf der Seite des Kapitals!
8 ÄA1.40 NEU: Ja zum Feierabendticket
8 A3 NEU: Mehr als ein Amt zu gewinnen
13 A4 NEU: Zusammen für ein rotes Leipzig!
16 A5 NEU: Für einen konsequent antimilitaristischen Wahlkampf!
18 Dringlichkeitsanträge zur 2. Tagung
18 DA1: Gestern gefeiert, heute gefeuert
19 DA2: Gemeinsam stark gegen Spaltungsversuche von außen

---

* Zur einfachen Unterscheidung der Änderungsanträge (ÄAs) wurden auf Basis des Antragsinhaltes vorläufige Titel vergeben.

Hinweis zum Awareness-Konzept:

Auf dieser Tagung orientieren wir uns am Awareness-Konzept der 1. Tagung des 10. Stadtparteitages. Dieses befindet sich hier zum Nachlesen: https://www.die-linke-in-leipzig.de/fileadmin/lcmssvleipzig/pdf/Parteitag/SPT10/10SPT1_Mat-Heft_3.pdf

Aus organisatorischen und personellen Gründen ist leider nur eine Schicht mit einem Zweier-Team besetzt. Jedoch ist ein Awareness-/Ruheraum ganztägig als Ort zum Zurückziehen verfügbar.

Materialien Heft 3

zur 2. Tagung des 10. Stadtparteitages
von Die Linke Leipzig am 28. November 2026

Impressum

Herausgeberin: Die Linke Leipzig
Liebknecht-Haus
Braustraße 15
04107 Leipzig

V.i.S.d.P.: Kay Kamieth
Redaktionsschluss: 27.11.2026

Vorläufige Tagesordnung und Zeitplan angepasst

1.	Eröffnung und Begrüßung	9:30 Uhr
2.	Konstituierung des Stadtparteitages	9:40 Uhr
3.	Vorstellung der Entwürfe zu Wahlprogramm, Wahlkampagne und Rollenverständnis/Amtsführungsstrategie	9:50 Uhr
4.	Debatte zu den Entwürfen	10:30 Uhr
5.	Bericht der Mandatsprüfungskommission	11:00 Uhr
6.	ggf. Diskussion und Abstimmung über satzungsrelevante Anträge	11:05 Uhr
7.	Antragsbehandlung zum Wahlprogramm	11:10 Uhr
	Pause	
8.	Antragsbehandlung zur Wahlkampfstrategie/Wahlkampagne	13:00 Uhr
9.	Antragsbehandlung zu Rollenverständnis/Amtsführungsstrategie	14:00 Uhr
10.	weitere Anträge	14:30 Uhr
11.	ggf. Fortführung der Debatte	15:00 Uhr
12.	Vernetzung und Aktivierung für Wahlkampfaktionen	15:30 Uhr
	**Zeitreserve*	
13.	Schlusswort	16:45 Uhr

Antragsneufassungen und -änderungen

Hinweis: Im Vergleich zu den Ursprungsanträgen sind Neuerungen unterstrichen und Streichungen ~~durchgestrichen~~. Weitere Änderungen dieser Neufassung sind farblich markiert.

ÄA1.39 NEU: Wir stehen nicht auf der Seite des Kapitals! Für ein konsequent klassenkämpferisches Leipzig.

Einreichende: Georg Grünewald, AG Betrieb und Gewerkschaft

Unterstützende: Stadtvorstand, Jette Luise Bohlen, Luca Doll, Jasper Frech, Noah Groß, Leon Hentschel, Nicolas Rother, Tessa Schindler, Jaël In 't Veld

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Der Änderungsantrag bezieht sich auf den Entwurf des Oberbürgermeisterinnen-Wahlprogramms vom 04.10.2026. Titel und Inhalt von Punkt 6 (S.11) „Leipzig gewinnt an wirtschaftlicher Kraft“ mögen wie folgt geändert werden:

~~6.Leipzig gewinnt an wirtschaftlicher Kraft~~Wirtschaft in Leipzig für die Menschen unserer Stadt umgestalten und stärken

Leipzigs Wirtschaft hat in den vergangenen dreieinhalb Jahrzehnten einen tiefgreifenden Strukturwandel ~~bewältigt~~durchlebt. Heute verfügt die Stadt über eine vielfältige Unternehmenslandschaft, starke Hochschulen und Forschungseinrichtungen und eine wachsende Firmengründungsszene. Dennoch hat unsere Stadt unter den Großstädten in Deutschland die höchste Armutsquote. Viele Beschäftigte arbeiten in Bereichen mit niedrigen Löhnen, geringer Tarifbindung und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen.

Unter sich erneut verändernden wirtschaftlichen Bedingungen ~~müssen wir Wertschöpfung sichern, innovative Arbeitsplätze schaffen und gute Bezahlung ermöglichen~~ werde ich im Dialog mit Gewerkschaften, Betriebsräten, Kammern, Wissenschaft und Unternehmen für die Interessen der Beschäftigten eintreten und für die Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen kämpfen und sie ins öffentliche Bewusstsein rücken. Daran werde ich mich messen lassen.

~~Dabei werde ich mich besonders für die Stärkung von GreenTech, Biotechnologie, Pharma- und Medizintechnologie sowie Wasserstoff als Zukunftsbranchen am Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Leipzig einsetzen.~~

~~Wirtschaftliche Entwicklung muss zukunftsfähig sein und gute Arbeit,~~ Tarifbindung und Mitbestimmung der Beschäftigten ~~stärken~~ sollen gestärkt werden. Ich werde die wirtschaftliche Entwicklung Leipzigs aktiv gestalten und wenn notwendig eingreifen, um die Interessen der Beschäftigten durchzusetzen. Die konkreten Handlungsoptionen für die Stärkung von Tarifbindung, Mitbestimmung sowie Durchsetzungskraft der Interessen der Belegschaften im gemeinsamen Zusammenwirken des Stadtverbandes – insbesondere federführend der AG Betrieb & Gewerkschaft – sowie anderer Ebenen der Partei, der

Stadtratsfraktion und des OBM-Amts wollen wir in einem kontinuierlichen Prozess über Basiskonferenzen und eine wirtschafts- und beschäftigungspolitische Konferenz im zweiten Halbjahr 2027 herausarbeiten und entsprechende Handlungsaufträge ableiten.

~~Im Dialog mit Gewerkschaften, Betriebsräten, Kammern, Wissenschaft und Unternehmen will ich die wirtschaftliche Entwicklung Leipzigs aktiv begleiten. Leipzig muss mehr aus seiner Stärke als Wissenschafts- und Gründungsstadt machen:~~

Als Sozialistin werde ich mich für eine aktive Industriepolitik und eine mit einer stärkeren demokratischen Gestaltung wirtschaftlichen Entwicklung einsetzen. Ich werde mich für die Stärkung gemeinwohl- und zukunftsorientierter, klimaschonender Industrien am Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Leipzig einsetzen und mich gegen Rüstungsindustrien und Rüstungstransporte stark machen. Erneuerbare Energien werde ich unterstützen und vorantreiben. Dem Bau von naturzerstörenden und teuren KI-Datenzentren werde ich entschieden entgegentreten – Wirtschaft darf in Leipzig den Ökozid nicht vorantreiben.

Es müssen bessere Bedingungen dafür geschaffen werden, dass Ideen von hier auch hier verwirklicht werden.~~, Unternehmen wachsen und Arbeitsplätze entstehen~~. Das lässt sich nur verwirklichen, wenn die Macht der Konzerne zurückgedrängt wird und die Menschen in Leipzig über die Bedingungen ihres eigenen Lebens freier und demokratischer entscheiden können, als bisher. Unternehmensprofite stehen für mich nicht im Mittelpunkt politischer Entscheidungen.

Meine Vorhaben:

Leipzig sichert Infrastruktur ~~die Grundlagen wirtschaftlicher Entwicklung~~
~~– Unternehmenbrauchen eine Stadt, auf die Verlass ist:~~ Gute Infrastruktur bedeutet mehr Lebensqualität und gute Arbeitsbedingungen: Straßen und Bahnen, Energie, schnelles Internet und funktionierende kommunale Einrichtungen. Ich sorge dafür, dass diese Infrastruktur ~~mitwächst, wenn Wirtschaft und Wissenschaft in Leipzig wachsen~~ ausgebaut wird. Dazu gehören auch gute (über-)regionale Verkehrsverbindungen und ein leistungsfähiger Flughafen Leipzig/Halle in friedlicher Nutzung.

Leipzig bewahrt städtisches Eigentum– Ich stehe zu unseren städtischen Unternehmen. Dazu gehören die Leipziger Stadtwerke, die Kommunalen Wasserwerke und die LVB im LVVKonzern. Dazu kommen die LWB und unser Krankenhaus St. Georg mit seinem Eigenbetrieb. Sie bleiben in städtischer Hand, so wie alle anderen kommunalen Beteiligungen auch.

"**Leipzig wird digitaler und schneller** – Zur Entbürokratisierung in Unternehmen wird ein „One Stop Shop“ eingerichtet – künftig gibt es einen Ansprechpartner bei der Stadt statt fünf verschiedener Ämter. ~~Wer in Leipzig gründen, sich erweitern oder neue Produkte entwickeln und herstellen will, hat künftig einen Ansprechpartner statt fünf Ämter.~~ Die Antragsbearbeitung kann jederzeit online verfolgt werden. Für diesen Unternehmensservice als echten „One-Stop-Shop“ werden Wirtschaftsförderung, Invest Region Leipzig und die beteiligten Ämter enger verzahnt. Ein digitaler Verfahrensmonitor schafft Transparenz über Bearbeitungsstand, benötigte Unterlagen und nächste Verfahrensschritte. Damit sollen insbesondere Arbeiter:innen entlastet und ~~Unternehmensansiedlungen, Erweiterungsinvestitionen und die Umsetzung neuer~~ wirtschaftlicher Vorhaben erleichtert und beschleunigt werden."

Leipzig stärkt ~~Mittelstand und Handwerk~~ Belegschaftsübernahmen im Handwerk und Mittelstand –Handwerk und inhabergeführter Mittelstand~~ sichern Arbeitsplätze, Ausbildung~~

~~und Wertschöpfung in unserer Stadt.~~sind nicht zu vernachlässigende Teile der Leipziger Wirtschaftsstruktur. Gerade das Handwerk ist leider oft von besonders widrigen Arbeitsbedingungen geprägt. Ich setze mich an der Seite der Handwerker:innen für eine Verbesserung dieser ein~~. Gemeinsam mit den Kammern will ich eine konzentrierte Zusammenarbeit für tragfähige Nachfolgeregelungen in Handwerksbetrieben und inhabergeführten Unternehmen organisieren und dabei Beratung, Vermittlung und Finanzierungsmöglichkeiten besser zusammenführen.~~ Viele gute Ideen scheitern nicht an der Technik, sondern am fehlenden Geld. Mein Ziel ist es, Belegschaftsübernahmen und ihre demokratische Weiterführung zu erleichtern und in Einzelfällen Finanzierungslücken in bestehenden Unternehmen und bei der Entwicklung neuer Produkte zu unterstützen, um damit die Wertschöpfung in Leipzig und der Region binden zu helfen. ~~Beschäftigten Möglichkeiten aufzuzeigen, ihr Unternehmen gemeinsam und demokratisch weiterzuführen.~~ Ich werde einen regionalen Leipziger Wirtschaftsdemokratisierungs- und Förderfonds in Höhe von bis zu 100 Mio. Euro initiieren.

~~Die Stadt muss zugleich Garant für funktionierende wirtschaftliche Infrastrukturen und~~ Praktikable Parkplatz- und Ladezonenlösungen insbesondere für Handwerk, Dienstleistungs- und Pflegeunternehmen sind sinnvolle Maßnahmen für einen angenehmeren Arbeitsalltag, die die Stadt garantieren muss.~~sein.~~

Leipzig gewinnt Fachkräfte – In wichtigen Branchen fehlen Fachkräfte, und oft ist das vorher absehbar. Ich werde den Bedarf regelmäßig auswerten lassen.~~Gemeinsam mit~~ Gegenüber Kammern, Gewerkschaften, Hochschulen, Berufsschulen, Unternehmen und der Wohnungswirtschaft ~~lege ich fest, wie wir Fachkräfte gewinnen, ausbilden, qualifizieren und in Arbeit bringen~~ setze ich mich für Maßnahmen ein, die Ausbildung und Studium attraktiver machen. Leipzig wird Tarifstadt. Die Leipziger Vergabeordnung soll überarbeitet werden, sodass die Stadt nur noch Aufträge an Firmen vergibt, die nach Tarifvertrag bezahlen und die ihrerseits nur Aufträge an Unterauftragnehmer oder Leiharbeitsfirmen vergeben, die ebenfalls nach Tarifvertrag zahlen. Forschung sollte nur für zivile Zwecke erfolgen – deshalb sollen sich die Hochschulen in Leipzig zu einer Zivilklausel verpflichten.~~Zur Gewinnung internationaler Auszubildender und Fachkräfte sollen~~ Aufenthaltsverfahren für Menschen aus dem Ausland sollen zentralisiert, beschleunigt und vereinfacht, sowie die vollständig digitale Antragstellung umgesetzt werden - unabhängig von Ausbildungs- oder Berufsstatus. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Menschen dieser Stadt eine langfristige, friedliche und glückliche Lebensperspektive haben. Gegen prekäre Lebenssituationen und rechtlich fragwürdige Regelungen werde ich mich aktiv einsetzen.

~~**Leipzig bringt Innovationen zur Marktreife –** Viele gute Ideen scheitern nicht an der Technik, sondern am fehlenden Geld auf dem Weg zum ersten Kunden. Diese Lücke will ich mit einem regionalen Leipziger Risikokapitalfonds in Höhe von bis zu 100 Mio. Euro schließen. Der Fonds ist ausdrücklich nicht nur für Start-ups da. Er soll auch bestehenden Unternehmen helfen, neue Produkte zu entwickeln, damit die Wertschöpfung in Leipzig und der Region bleibt. Dafür bringe ich regionale Kreditinstitute, die Sächsische Aufbaubank, die Bürgschaftsbank Sachsen sowie weitere deutsche und europäische Förderbanken und private Kapitalgeber zusammen.~~

Begründung:

Wir wollen organisierende Klassenpartei werden. Das ist bereits im Ansatz zum Scheitern verurteilt, wenn Klassengegensätze verschleiert werden oder sich sogar auf die Seite der Kapitalisten geschlagen wird. Es gilt diese zu benennen und im Klassenkampf parteiisch auf

der Seite der Arbeiter:innen stehen. Gerade in Kapitel 6 welches sich der Wirtschaft widmet ist jedoch nicht einmal die Rede von “Arbeiter:innen” oder „Beschäftigten“. Stattdessen beschäftigt es sich fast ausschließlich der Zusammenarbeit mit Unternehmen und denen die sie führen oder führen wollen, also der Kapitalistenklasse. Es ist nicht unsere Aufgabe, den Klassenkampf auf der Seite der Kapitalisten zu organisieren und zu führen.

Das ursprüngliche Kapitel degradiert Arbeiter:innen zum nur vagen Mittel, dem sich nur dann gewidmet wird, wenn es dem ihnen übergeordneten Zweck einer „starken Wirtschaft“ dient. Wenig überraschend steht das Kapitel mit Prinzipien von Standort- & Akkumulationslogik, Sozialpartnerschaft und utilitaristischer Fachkräftegewinnung und -ausbildung, sowie mit Instrumenten wie Risikokapitalfonds für private Unternehmen im klaren Widerspruch zu unserem Parteiprogramm.

Leipzig hat in den vergangenen Jahrzehnten erhebliche wirtschaftliche Entwicklung erlebt. Gleichzeitig gehört die Stadt weiterhin zu den Städten mit den höchsten Armutsquoten Deutschlands. Viele Beschäftigte arbeiten für niedrige Löhne, Tarifbindung und gewerkschaftliche Organisierung liegen weiterhin unter dem Bundesdurchschnitt.
Der Fokus auf die Stärkung der Position des Standorts Leipzigs innerhalb der kapitalistischen Konkurrenz ist aus sozialistischer Sicht abzulehnen. Unser Handeln muss auf der Erkenntnis beruhen, dass eine „starke Wirtschaft“ keinesfalls zwangsläufig mit einer Verbesserung der Lage der Arbeiter:innen einhergeht. Umgekehrt wissen wir allerdings, dass Arbeiter:innen die ersten sind, die im Kapitalismus unter einer „schwachen Wirtschaft“ leiden. Daraus leitet sich jedoch nicht die Stärkung der Unternehmen ab, sondern die Stärkung von Arbeiter:innen und Gewerkschaften, damit sie Angriffe der Kapitalseite besser abwehren können.

Daher verschiebt dieser Änderungsantrag den Schwerpunkt von einer einseitigen Orientierung auf Standortentwicklung hin zu den Interessen derjenigen, die den gesellschaftlichen Reichtum schaffen. Wirtschaftliche Entwicklung, Industrieansiedlungen und Innovationen werden dabei nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Sie müssen jedoch daran gemessen werden, ob sie die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verbessern, Tarifbindung stärken und zur demokratischen Kontrolle wirtschaftlicher Macht beitragen.

Mit Beschlüssen wie „Leipzig wird Tarifstadt“ hat die Partei bereits deutlich gemacht, dass kommunale Politik ihre Handlungsmöglichkeiten nutzen muss, um Tarifbindung, Mitbestimmung und gute Arbeit zu stärken. Der Änderungsantrag knüpft an diese Beschlusslage an und macht sie zum Ausgangspunkt einer linken Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Eine linke Oberbürgermeisterin wird die Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft nicht aufheben können. Sie kann aber dazu beitragen, die Position der Beschäftigten gegenüber den Interessen des Kapitals zu stärken. Daran muss sich linke Wirtschaftspolitik messen lassen.

Bildungsinstitutionen in einer “Wirtschaftseinheit” mit Unternehmen zu denken sehen wir kritisch. Als Sozialist:innen müssen wir benennen, dass die aktuelle Rolle von Bildungsinstitutionen primär die Herausbildung verwertbarer Arbeitskraft ist. Alle angestrebten Reformen in der Bildung sollten daher auf die Verbesserung der Situation von Schüler:innen und Studierenden abzielen. Das heißt auch, dass z.B. das Label der „Exzellenzuniversität“ kritisch hinterfragt werden sollte. Stattdessen sollten Instrumente wie die Einführung einer Zivilklausel mit allen Kräften angestrebt werden.

Als sozialistische Partei sollten wir uns außerdem nicht der bürgerlichen Illusion der

vermeintlich netten Kapitalisten an der Spitze “mittelständischer” Unternehmen hingeben. Die Orte, wo sich Arbeiter:innen organisieren sind aktuell vor allem große Betriebe. Diese Organisierung gilt es zu fördern. Die aktive Unterstützung von kleinen Unternehmen und Gründungen von Start-Ups etc. sorgt nicht zwangsläufig für die Verbesserung der materiellen Lage von Arbeiter:innen und birgt zusätzlich die Gefahr, dass die Vereinzelung weiter vorangetrieben und der Standpunkt der Arbeiterklasse geschwächt wird. Die Arbeiter:innen in kleinen Unternehmen sollten daher darin unterstützt werden, Betriebe als Belegschaft zu übernehmen und demokratisch zu führen. Statt die Kapitalisierung (vermeintlicher) Innovationen durch finanzielle Hilfen voranzutreiben, sollten wir diese Mittel in die Demokratisierung der Wirtschaft stecken.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.40 NEU: Ja zum Feierabendticket

Einreichende: Dr. Skadi Jennicke

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Das Wahlprogramm wird auf Zeile 182 wie folgt ergänzt:

„Leipzig fährt im Feierabend – Ab 18 Uhr für einen Euro mit Bus und Bahn durch Leipzig: Ich setze mich für ein Leipziger Feierabendticket ein, mit dem alle abends und am Wochenende günstig mobil sein können. Das Ticket gilt werktags von 18 Uhr bis Mitternacht und am Wochenende bis 4 Uhr morgens. Leipzig soll auch für Menschen ohne Abo bezahlbar und unkompliziert mit ÖPNV erlebbar sein.“

Begründung:

erfolgt mündlich

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

A3 NEU: Mehr als ein Amt zu gewinnen – kommunale Macht aufbauen und spürbare Verbesserungen für die Mehrheit der Menschen in Leipzig durchsetzen

Einreichende: Ariane Barth, Bettina Lorenz, Johannes Schmidt,
ÄA3.1: Vivien Möck, Anja Materna, Marie Paschold
ÄA3.2: Enrico Stange

Unterstützende: Dr. Skadi Jennicke, Stadtvorstand, Felix Knorr, Stefan Nagel, Petra Ertel, Yukina Habinek, Christoph Zander, Jaël In 't Veld, Franziska Kage, Uta Dos Santos,
ÄA3.1: Jessica Herrmann, Kevin Ehser, Anja Leder, Christopher Berberich, Felix Fink, Marthe Melde, Gabriel Dorn, Benjamin Sittig, Maximilian Hampel, Anna Ebenbeck, Moritz Halm, Michelle Nilges, Jule Nagel, Moritz Koneffke

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

1. Der Stadtparteitag stellt fest, dass Die Linke Leipzig kommunalpolitisch eine gemeinsame und ganzheitliche Strategie braucht, welche die Rollen des Stadtverbandes, der Stadtratsfraktion sowie der amtstragenden Person einer sozialistischen Partei definiert und transparent macht, um die Verhältnisse in Leipzig auf links zu drehen. Damit verbunden berücksichtigen wir die bestehenden realpolitischen und rechtlichen Grenzen des OBM-Amts sowie der Stadtratsfraktion. Daraus folgt für Wahlkampf und Amtsführung: Wir versprechen nur, was wir halten können, und sagen offen, wo Bund, Land oder absehbar fehlende Mehrheiten im Stadtrat Grenzen setzen – und dass wir diese Grenzen politisch ausweiten und bekämpfen. Wo der Oberbürgermeisterin von Amts wegen Grenzen gesetzt sind, müssen Stadtratsfraktion und Partei den Kampf um gesellschaftliche und kommunalparlamentarische Mehrheiten sowie Kräfteverhältnisse fortsetzen, um diese Grenzen zu unseren Gunsten zu verschieben. Hierfür dürfen Partei, Fraktion und OBM nicht um politische Deutungshoheit konkurrieren, sondern müssen ein gemeinsames Rollenverständnis mit einer politischen Arbeitsteilung entwickeln, in der jede Rolle eine andere Form von Macht entwickelt, welche miteinander verbunden werden und zusammenwirken müssen. Authentizität beginnt mit Freiwilligkeit, weshalb Zwang kein Mittel zur Einhaltung der Umsetzung der Strategie darstellen darf. Daher braucht es jedoch klare Prozesse und einen Umgang mit widersprüchlichen, gegensätzlichen bzw. abweichenden Positionen oder Handlungen.

2. Der Stadtvorstand wird dazu beauftragt bis zum Ende des Wahlkampfs unter Berücksichtigung u. a. der Ergebnisse des Prozessstrangs zur Amtsführung, der Basiskonferenz vom 20.09.2026 sowie der unterschriebenen Kandidierendenvereinbarung unter Berücksichtigung der politischen Rahmenbedingungen einen Entwurf für eine gemeinsame Amtsführungsstrategie vorzulegen. Dafür wollen wir u. a. kurz-, mittel- und langfristige soziale und stadtentwicklungspolitische Konfliktlinien in der Stadtgesellschaft, bei Interessengruppen und im Stadtrat identifizieren. Daraus abgeleitete Zielstellungen aus dem Wahlprogramm und der realen Entwicklung der Stadt, Handlungsfelder und Handlungsstrategien sowie konkrete Maßnahmen ordnen wir unseren jeweiligen Handlungsträger*innen zu. Dabei beachten wir den politischen und rechtlichen Handlungsrahmen von Stadtverband, Stadtvorstand, Stadtratsfraktion und OBM-Amtsträgerin. Ebenso reagieren wir angemessen auf neue Entwicklungen und passen unsere Strategie gezielt an. Die Amtsführungsstrategie soll sich dabei u. a. an übertragbaren Ansätzen und Handlungssträngen der Amtsführung von Elke Kahr in Graz und Zohran Mamdani in New York orientieren. In diesem Zusammenhang müssen insbesondere Aspekte einer Organisationsentwicklung beachtet werden, die den Aufbau kollektiver Macht konsequent mit demokratischer Rechenschaftspflicht verbinden. Ziel unseres Stadtverbandes soll es sein, eine eigenständige, dauerhaft handlungsfähige und demokratisch organisierte Basis aufzubauen, die ihre politischen Ziele selbst bestimmt, eigene Führungskompetenzen entwickelt und unabhängig von den realpolitischen und gesetzlichen Grenzen der gewählten Amts- und Mandatsträger*innen handlungsfähig bleibt.

Hierbei muss auch die eigenständige demokratische Legitimation des OBM-Amts durch die Leipziger Wähler*innenschaft berücksichtigt werden.

3. Der Stadtvorstand wird des Weiteren beauftragt, in Abstimmung mit unserer OBM-Kandidatin Skadi Jennicke und der Stadtratsfraktion auf Grundlage des beschlossenen Wahlprogramms und unter Berücksichtigung des Doppelhaushalts 2027/2028 bis zum 31. Januar 2027 konkrete und überprüfbare Fokus-Vorhaben für eine Abstimmung im Stadtvorstand vorzulegen. Diese sollen im Mittelpunkt des Wahlkampfs stehen und die Grundlage für ein verbindliches Startprogramm für die Zeit nach einem Wahlsieg bilden, um so Konsistenz in unserem politischen Agieren über den Wahlkampf hinaus zu zeigen.
Die Fokus-Vorhaben müssen:

a) in der Zuständigkeit der Oberbürgermeisterin oder Stadtrat liegen,

b) im Rahmen des beschlossenen Haushalts oder mit einer benannten Finanzierung umsetzbar sein und

c) innerhalb der Amtszeit überprüfbar sein, mit einem Zwischenstand im Jahr 2029.

Für jedes Fokus-Vorhaben wird im Rahmen des Startprogramms festgelegt, welche konkreten Schritte bis Ende 2027 umgesetzt oder auf den Weg gebracht werden sollen. Dabei ist transparent darzustellen, welche Maßnahmen die Oberbürgermeisterin in eigener Zuständigkeit umsetzen oder anstoßen kann und welche weiteren Beschlüsse, finanziellen Mittel oder politischen Mehrheiten erforderlich sind.
Das Startprogramm wird rechtzeitig vor der Oberbürgermeister*innenwahl 2027 öffentlich vorgestellt und dient nach einem Wahlsieg als verbindliche gemeinsame politische Handlungsgrundlage.

Als ersten Schritt erhalten Aktive gemeinsam mit den Fokus-Vorhaben und dem Startprogramm eine Argumentationshilfe für Infostände und Haustürgespräche. Diese soll verständlich darstellen, welche politischen Veränderungen mit einer linken Oberbürgermeisterin angestrebt werden, welche konkreten Schritte bis Ende 2027 vorgesehen sind und was eine Oberbürgermeisterin selbst entscheiden kann, wofür sie den Stadtrat benötigt und welche Entscheidungen bei Land oder Bund liegen.
Außerdem ist ein Rahmen abzustimmen, wie nach dem ersten und zweiten Wahlgang gemeinsam agiert und kommuniziert wird.

4. Im Falle des Wahlsiegs berichten Oberbürgermeisterin und Stadtratsfraktion in Abstimmung mit dem Stadtvorstand erstmals bis Ende 2027 sowie anschließend regelmäßig und öffentlich zugänglich, etwa in Form eines Online-Trackers, über den Stand der Umsetzung des Startprogramms und der Fokus-Vorhaben.
Dabei wird auch transparent gemacht, welche Maßnahmen nicht oder noch nicht umgesetzt werden konnten und welche Hindernisse bestehen, etwa fehlende Mehrheiten im Stadtrat oder Entscheidungen von Land oder Bund.

Die Form der Berichterstattung wird nach der Wahl festgelegt und mit den Berichtspflichten aus weiteren Beschlüssen dieses Stadtparteitages zusammengeführt.

5. Ein Ziel vor, während und nach der Amtsführung ist es, die Entwicklung und Ausbildung unserer Mitglieder mit Kenntnissen und Expertise aus Verwaltung und Kommunalpolitik aktiv zu unterstützen, damit Wissen über verwaltungsrechtliche Grenzen sowie deren Ausreizung im Sinne einer linken Stadtpolitik nicht nur für Einzelpersonen zugänglich wird.

Mitglieder der Partei und die Öffentlichkeit sollen Entscheidungen und die Rahmenbedingungen, die zu ihnen führen, nachvollziehen können. Dazu tragen neben den Berichten nach Punkt 4 eine regelmäßige und breite Öffentlichkeitsarbeit der Stadtratsfraktion bei, zu wichtigen Entscheidungen möglichst zeitnah und im Rahmen von Verschwiegenheitspflichten und verfügbaren Kapazitäten. Stadtvorstand und Stadtbezirksverbände unterstützen dabei, dieses Wissen in den sozialen Medien, an Infoständen und bei anderen Anlässen weiterzugeben und so mit Menschen ins Gespräch zu kommen.

In diesem Zusammenhang wird der Stadtvorstand beauftragt zu prüfen, ob über die bestehenden Formate der Fraktion hinaus die Umgestaltung oder Schaffung von Formaten notwendig ist, um einen gemeinsamen Raum für einen regelmäßigen Austausch und taktische Abstimmungen mit Blick auf die verfügbaren Machtressourcen und -instrumente zu organisieren. Dabei kann insbesondere die Qualifizierung interessierter Mitglieder zu kommunalpolitischen Anliegen, Möglichkeiten und Instrumenten sowie deren Anwendung hilfreich sein. Hierfür nutzen wir das Wissen unserer Basis aus allen Berufszweigen sowie ihre Kenntnisse über Kommunalpolitik und Verwaltungsprozesse.

Begründung:

Der Stadtvorstand hatte in seiner letzten Amtszeit am 14. April 2026 als Reaktion auf die bestehende Prozesskritik einstimmig einen breiten partizipativer Prozess zur Entwicklung der Gesamtstrategie zur OBM-Wahl mit drei inhaltlichen Strängen beschlossen. Im Rahmen des Prozessstrangs „Rollenverständnis und Strategie für die Amtsführung“ wurden verschiedene Ideen gesammelt, ein Diskussionspapier zur Amtsführung verfasst und auf dieser Basis ein Workshop im Rahmen der Basiskonferenz am 20. September 2026 durchgeführt. Dabei wurde einmütig diskutiert, dass eine solche Strategie bzw. deren Kernpunkte und Verfahren die Legitimation eines Stadtparteitags benötigen. In diesem Sinne liegt dieser Antrag als Aufschlag vor und lädt explizit zu Diskussion und Änderungsanträgen ein, um in einer breit getragenen Neufassung am
28. November 2026 behandelt zu werden.

Zur inhaltlichen Begründung:

Die Oberbürgermeister*innenwahl in Leipzig findet in einer politisch zugespitzten Situation statt. Die soziale Krise verschärft sich und durch den sozialen Kahlschlag auf Bundesebene vorangetrieben. Die öffentliche Infrastruktur wird kaputtgespart, Mieten und Preise werden schneller erhöht als höhere Löhne erkämpft werden können, und die Rechte profitiert von der Wut und Ohnmacht vieler Menschen. Gerade in einer solchen Situation kann es für Die Linke nicht darum gehen, den Mangel bloß besser zu verwalten oder mit der Vermeidung der AfD zu argumentieren. Wir müssen als glaubwürdige Kraft sichtbar werden, die sich gegen Kürzungspolitik, soziale Spaltung und das politische Weiter-so stellt.

Gleichzeitig müssen wir den Leipziger*innen gegenüber ehrlich sein: Der tatsächliche Gestaltungsspielraum des Oberbürgermeister*innenamtes ist deutlich kleiner, als viele es sich erhoffen und formal nicht mit den Möglichkeiten einer linken OBM in Berlin vergleichbar. Auch wenn die dramatischen Haushaltslagen der Städte vergleichbar sind. Wer das Amt übernimmt, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit unter Druck geraten, Kürzungen in Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge durchzusetzen oder zumindest zu verwalten.

Gerade darin liegt der politische Kernwiderspruch. Die OBM der Linken Leipzig darf nicht in

die Rolle gedrängt werden, die gesellschaftlichen Folgen von Sparpolitik kommentarlos zu moderieren, während andere die Verantwortung für die Krise tragen. Eine linke OBM kann nur dann den Unterschied machen, wenn sie nicht in die Logik der Sachzwangverwaltung kippt und in Rechenschaftsmotorik für den bestehenden Status Quo. Stattdessen muss dieses Amt als gebundenes, aktivierendes und konfliktorientiertes Projekt mit der Parteibasis angegangen werden.

Wir müssen dieses Amt als kollektive Aufgabe verstehen, um zu verdeutlichen, dass die Wahl einer linken Kandidat*in wohl einen Unterschied macht. Hiermit schaffen wir ein Novum, welches für das Superwahljahr 2029 eine Grundlage darstellen kann und erstmals ein strategisches Verständnis von uns als Stadtpartei sowie unseren Mandatsträger*innen und Fraktionen basisdemokratisch abstimmt. In diesem Zusammenhang müssen wir uns alle als Zahnrädchen in einem größeren Vorhaben verstehen, um auch Kritik- und Angriffsstrategien durch politische Konkurrenz sowie Gegner*innen zu begegnen. In diesem Zusammenhang werden wir 2029 mit einem Superwahljahr konfrontiert, welches u. U. einen Wahlsieg der AfD im Land Sachsen final aufzeigen kann. In diesem Zusammenhang müssen wir uns als Stadtpartei, Stadtratsfraktion und als amtstragende Person verhalten. Wie gehen wir damit um, wenn die OBM einer sozialistischen Partei auf einmal AfD-Politik oder Beschlüsse aus rechts-konservativen Mehrheiten des Stadtrats vor Ort umsetzen muss? Wie verhält sich eine linke Stadtratsfraktion, die aufgrund von übergeordneten Gesetzen oder fehlender Mehrheiten handlungsunfähig wird oder bisherige Erfolge schmerzlich einbüßen muss? Welche Rolle nehmen wir als Stadtpartei in einem von rechtsextremen und autoritären Kräften regierten Bundesland ein? Und wie können wir über alle Ebenen hinweg unseren Antifaschismus mit der materiellen Frage knüpfen, ohne Bedarfe und Haltungen gegeneinander auszuspielen oder uns in Umverteilungskonkurrenzen bei jenen einzulassen, die eh am wenigsten haben? Auch wenn dies Worst-Case-Szenarien sind, müssen wir uns als größter Stadtverband darauf vorbereiten, da im Fall der Fälle übliche linke Akteur*innen und Verbündete durch die Streichung von institutionellen und projektbezogenen Förderungen ggf. wegfallen und wir strukturell Wege finden müssen, wie wir Schutzraum, verlässliche Partner*in und politisch handlungsfähig gleichzeitig sein können.

Auf diesem Weg können wir unsere Rollen als Partei, Stadtratsfraktion und amtstragende Person und ihre einzelnen Mitglieder definieren, um zu sehen, wo jeweils gehandelt oder interveniert werden kann und wo wir durch organisierende Momente aus der Partei in die Bevölkerung oder Arbeiter*innenschaft der Stadtverwaltung wirken können, um linke Akzente vorwärtszubringen. Auf diesem Weg können wir eine Klärung und Transparenz schaffen. So befähigen wir unsere Mitgliedschaft auch sprechfähig zu sein, wenn uns Unzufriedenheit und Unmut am z. B. Infostand begegnen. Damit können wir ebenso Ohnmacht und Unverständnis bei unseren Mitgliedern vorbeugen, was sonst im schlechtesten Fall zu Inaktivität oder zum Austritt für kann.
Aus diesem Grund muss unsere zentrale Frage sein: Wo kann eine linke Oberbürgermeister*in durch formale Kompetenz, politische Führung, die Gestaltung der Verwaltung und die Mobilisierung gesellschaftlicher Unterstützung tatsächlich Veränderung erzeugen?

Hierfür müssen wir als Stadtpartei klären, was wir von unserer Stadtratsfraktion brauchen und was wir von einer linken OBM in Leipzig erwarten. Der bisherige Prozessstrang zur Amtsführung hat schwierige Zeiten durch und konnte bisher keine konkreten Vorschläge ausarbeiten oder wurde durch Einzelpersonen gestemmt. Aus diesem Grund waren die Beteiligung und der Raum für eine offene Debatte unter den Aspekten der revolutionären Freundlichkeit und revolutionärer Ehrlichkeit mit einer Vielfalt an Menschen nicht gegeben. Doch es braucht eine Diskussion über den Widerspruch der Besetzung eines

Verwaltungsamts in einem real bestehenden Kapitalismus, ohne diesen zu überwinden und dem Ziel diesen als Organisation zu überwinden. Hierfür müssen wir diskutieren und uns ehrlich über Interessen, Erwartungen sowie auch Enttäuschungen austauschen, um verbindende Elemente zu finden und Schritte zu beschreiben, wie wir damit umgehen und verfahren. Diese Gegensätze müssen gleichzeitig existieren können, ohne dass wir als Partei in alte Verhaltensmuster zurückverfallen, wie sie vor der Abspaltung des BSW öfters zu Tage traten. Weder müssen wir den Unmut über Positionen der Partei von Mitgliedern mit einer hohen Öffentlichkeitswirksamkeit durch Amt und Mandat in der Presse lesen, noch müssen wir uns selbst über Social-Media-Kanäle als Menschen und Individuen denunzieren und beleidigen. Ebenso ist eine weitere Abspaltung unter dem Fokus der verbindenden Klassenpolitik nicht im Sinne der Sache und dennoch darf das nicht bedeuten, dass Entscheidungen von Wenigen geräuschfrei hingenommen werden müssen und unter moralischen Argumenten Kritik und Entwicklungswünsche als Boykott oder persönlichen Konflikt abgetan werden. Unsere Standpunkte zu vertuschen oder zu verwässern, um einen unmittelbaren, kurzfristigen politischen Vorteil zu erlangen, wäre einfach zu kurz gedacht.

Aus diesem Grund sind klar strategische Entscheidungen notwendig, welche nicht allein von Amts- und Mandatsträger*innen, einem Stadtvorstand oder gar einzelnen Mitgliedern beantwortbar sind.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

A4 NEU: Zusammen für ein rotes Leipzig! Gemeinsame Grundsätze für die OBM-Wahl

Einreichende: Carl Bauer, Tjark Delfs, Sascha Goettert, Georg Grünewald, Franziska Kage, Kai Knappik, Kai Tischer

Unterstützende: Stadtvorstand, Vincent Heidemann, Stefan Nagel, Nicolas Rother, Gregor Clewing, Mara Luise Günzel

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Wir als die Leipziger Linke werden mit aller Kraft darum kämpfen, uns dauerhaft als stärkste politische Kraft in Leipzig zu positionieren und im ersten Schritt die Oberbürgermeister*innenwahl 2027 zu gewinnen. Es ist Zeit für eine sozialistische Politik und die erste Sozialistin im Amt.

Um dieses Ziel zu erreichen, einigen wir uns als Leipziger Linke auf folgende Grundsätze:

1. Basisaufbau und -beteiligung: Im Wahlkampf wollen wir möglichst viele Einwohner*innen mit den Inhalten unseres Wahlprogramms erreichen. Dafür braucht es die Kraft und Begeisterung all unserer Mitglieder. Zu diesem Zweck braucht es aktive Organizingarbeit, welche die nachhaltige Entwicklung einer starken, handlungsfähigen Basis bildet. Beispiele dafür sind Organizing-Crash-Kurse von unseren Mitgliedern, um diese auch nach der Wahl

zu ermächtigen. Dafür werden Schulungen angeboten, die einem Kurzformat der Organizing for Power (O4P) Reihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung entsprechen.
Außerdem soll unsere Genossin Skadi bereits als Kandidatin in die Beteiligungs- und Rechenschaftsprozesse nach dem Antrag „A6 NEU: Eine starke Linke braucht eine starke Basis - Wichtige Entscheidungen gemeinsam treffen und innerparteiliche Demokratie stärken“ der 1. Tagung des 10. Stadtparteitags einbezogen werden. Im Falle ihrer Wahl werden diese Prozesse, sinngemäß im Rahmen der gesetzlichen Stellung des Amts auf ihre Arbeit als Oberbürgermeisterin übertragen.

2. Rückkopplung: Die Anbindung von Mandatsträger:innen an Basis und Bevölkerung Leipzigs halten wir für zentral für eine mitgliederorientierte und glaubwürdige Partei. Wir bestärken deshalb die Abmachung in der Kandidierendenvereinbarung und konkretisieren sie durch eine solidarische doppelte Rückkopplungsstruktur: Einerseits parteiintern, um den pluralistischen Parteidiskurs auch kontrovers führen zu können. Andererseits an die Leipziger Stadtbevölkerung, in welcher, wir als Partei, in allen Teilen der Arbeiterklasse Vertrauen aufbauen müssen. Parteiintern berichtet Skadi halbjährlich im Mitteilungsblatt. Im Anschluss organisiert der Stadtvorstand eine Diskussion mit Skadi als Tagesordnungspunkt in einer Stadtvorstandssitzung, in der Skadi, Stadtvorstand und Basis in den Austausch gehen können. Skadi leistet damit einen wertvollen Beitrag zur Weiterbildung unserer Basis und wird gleichzeitig über aktuelle Debatten in unserer Partei informiert.
Skadi lädt im Falle ihrer Wahl außerdem jährlich die Stadtgesellschaft zu einer öffentlichen Veranstaltung über ihre Arbeit als Oberbürgermeisterin ein. Diese findet als Einwohnerversammlung statt, in der sie Rechenschaft über ihre Arbeit ablegt und Möglichkeiten für Diskussion und aktive Beteiligung an politischen Entscheidungen geschaffen werden. Solche Versammlungen nehmen wir als Basis nicht auf die leichte Schulter. Wir decken unserer Genossin Skadi den Rücken, indem wir zahlreich erscheinen, den Einwohnern unserer Stadt eine vertrauensvolle Umgebung schaffen und ihr bei politischen oder medialen Angriffen aus allen Richtungen beistehen.

3. Ablehnung statt Verwaltung von Kürzungen: Als Linke wissen wir um die angespannte Haushaltslage der Kommunen. Explizit in Leipzig sollen in den nächsten Jahren bis zu 500 Stellen abgebaut werden. Wir stellen uns klar gegen die Kürzungspolitik. Wie in Antrag A1 „Kürzen bei den Reichen, statt Sozialstaat streichen. Sozialproteste stärken!“ der 1. Tagung des 10. Stadtparteitags beschlossen, liegt unsere Aufgabe als Linke nicht darin, Posten gegeneinander abzuwägen, sondern Kürzungen im Sozialen zu kritisieren. Wir vertrauen darauf, dass unsere Genossin Skadi sich gegen den Sozialabbau und Stellenkürzungen positionieren wird, soweit es im Rahmen des Amts möglich ist.
Sollten Kürzungen nicht abwendbar sein, soll eine offene, transparente und ehrliche Kommunikation gegenüber den Betroffenen, also den arbeitenden Menschen in Leipzig, vorgenommen werden, um diese transparent über Vorhaben aufzuklären.
Dies beinhaltet proaktive öffentliche Kritik der Sparzwänge. Partei und Fraktionen auf allen Ebenen sind angehalten, ein Gegen-Narrativ zu setzen.
Sparen ist kein Naturgesetz, eine Reichensteuer zur Verbesserung des Lebens der Mehrheit der Einwohner ist möglich!

4. Unterstützung bei Tarifrunden: In den nächsten Monaten stehen große Tarifverhandlungen an. Auf dem letzten Stadtparteitag haben wir bereits beschlossen Leipzig als Tarifstadt zu stärken.1 Daran anschließend stehen wir als Linke und unsere Kandidatin an der Seite von Streikenden und unterstützen sie in ihren Forderungen für bessere Löhne und gerechtere Arbeit. Unsere Genossin Skadi geht in einen kollegialen Austausch mit den tarifkämpfenden Kolleg*innen. Als Kandidatin unterstützt Skadi insbesondere auch die Kolleg:innen im öffentlichen Dienst und bei der Stadt in ihren

Forderungen.

Der gesetzliche Rahmen, in diese Kämpfe einzugreifen ist aufgrund der seit Jahrzehnten dominierenden neoliberalen Politik für unsere Genossin stark begrenzt, vor ihrer Ernennung aber möglich und gewünscht. Auch hier arbeiten wir gemeinsam an einem öffentlichen Gegen-Narrativ. Sie nutzt ihre herausgehobene Rolle im Wahlkampf, um sich öffentlich – insbesondere medial – mit Streikenden zu solidarisieren und ihre Unterstützung auch durch Streikbesuche sichtbar zu machen. Im Falle ihrer Wahl zur Oberbürgermeisterin setzt sie sich im Rahmen ihrer Verantwortung als Verwaltungschefin für gute Arbeitsbedingungen und eine konstruktive Haltung gegenüber den Forderungen der Beschäftigten ein und sucht den regelmäßigen Austausch mit Beschäftigten und Gewerkschaften.

5. Gemeinsame Positionierung im Kampf gegen Antisemitismus: Als Bundespartei haben wir uns gemeinsam auf die JDA (Jerusalem Declaration on Antisemitism) geeinigt, um eine gemeinsame Grundlage für den Kampf gegen Antisemitismus zu haben, ohne Kritik am israelischen Staat hiermit zu vermischen. Um der Instrumentalisierung des Antisemitismusbegriffs zu begegnen sowie parteiliche Geschlossenheit auszudrücken, ist gerade bei diesem kontrovers diskutierten sowie aktuellen Thema besondere Vorsicht geboten. Der Verweis auf unseren Bundesbeschluss stärkt unserer Genossin Skadi bei Anfeindungen anderer Parteien oder der bürgerlichen Presse den Rücken. Die Vertretung dieses Beschlusses ist auch politischer Handlungsauftrag für Skadi als Kandidatin und – im Falle ihrer Wahl – als Oberbürgermeisterin.

6. Parteiaufbau und nachhaltige Strukturentwicklung: Wir führen diesen Wahlkampf so, dass unsere Partei danach stärker ist als davor. Der Stadtvorstand und der Wahlstab prüfen deshalb bei Entscheidungen über Wahlkampfformate und den Einsatz von Mitteln, ob sie auf Strukturen, Fähigkeiten und Prozesse einzahlen, die nach der Wahl weiterhin bestehen. Wo wir die Option haben, entscheiden wir uns für den Weg, der unsere Stadtbezirksverbände und bestehenden Strukturen vor der Entscheidung einbezieht, bei der Umsetzung aktiv integriert und diese somit nachhaltig stärkt. So verteilen wir auch Verantwortung auf mehr Schultern und binden neue Aktive dauerhaft ein. Zur Verbesserung unserer innerparteilichen Prozesse und unserer Kampagnenfähigkeit innerhalb und außerhalb von Wahlkämpfen wird der Stadtvorstand beauftragt, nach Abschluss der OBM-Wahl eine umfassende Prozess- und Wahlauswertung sowie eine kritisch-solidarische Diskussion zur Verbindung der verschiedenen Positionen und Perspektiven durchzuführen. Er beginnt damit spätestens einen Monat nach dem letzten Wahlgang und organisiert mindestens eine Auswertungsveranstaltung, die allen Mitgliedern offensteht. Ziel sind gemeinsame Schlussfolgerungen für zukünftige Wahlkämpfe. Der Stadtvorstand veröffentlicht die Ergebnisse im Mitteilungsblatt und stellt sie auf einem Stadtparteitag im 2. Halbjahr 2027 zur Diskussion.

Wir sind uns darüber bewusst, dass Teile der Forderungen erhebliche Mehrarbeit bedeuten, weshalb wir anbieten, unsere Genossin Skadi bei der Umsetzung zu unterstützen und der Stadtvorstand unterstützt sie dabei ebenfalls.

Der Stadtvorstand legt gemeinsam mit Skadi spätestens ein Jahr nach der OBM-Wahl auf einem Stadtparteitag eine Auswertung zur Umsetzung dieser Grundsätze vor. Dabei wird dargestellt, welche Vereinbarungen umgesetzt wurden, welche Schwierigkeiten aufgetreten sind und welche weiteren Schritte sich daraus ergeben.

Begründung:

Wir starten mit diesem Stadtparteitag in die heiße Phase des Wahlkampfs. Klar ist: wir haben eine Stadt zu gewinnen, klar ist aber auch: Wir haben eine große Verantwortung unseren Genoss:innen, aber auch allen Menschen unserer Klasse gegenüber. Wir sollten deshalb klare Grundlinien sowohl für den Wahlkampf als auch darüber hinaus festlegen, in denen wir gemeinsam mit Skadi, als Kandidatin, agieren wollen. In den oben beschriebenen Punkten beziehen wir uns dabei auf bereits getätigte Beschlüsse von Bundesparteitagen und insbesondere des letzten Stadtparteitags. Wir streben an, den Ansatz der „revolutionären Realpolitik", welcher in der Kandidierendenvereinbarung festgelegt wurde, zu konkretisieren. Denn für uns ist klar, es gibt viel zu tun und die Arbeit fängt bei einem hoffentlich erfolgten Wahlsieg erst richtig an. Um dabei so geeint und schlagkräftig wie möglich agieren zu können, halten wir es für essenziell, so viele Genoss:innen wie möglich in Entscheidungen einzubinden, sowie Skadi bestmöglich zu unterstützen. Die Linke ist eine sozialistische Mitgliederpartei und verfügt so über viele kompetente Köpfe, deren Potenzial gebraucht wird. Nur mit konkreten Forderungen, Rückkopplung sowie einem standfesten Wahlprogramm, welches durch Parteibeschlüsse legitimiert wird, ist es möglich, den Krisen unserer Zeit in Leipzig vor Ort zu begegnen und die Ausführung des Amtes so erfolgreich wie möglich zu gestalten.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

A5 NEU: Für einen konsequent antimilitaristischen Wahlkampf!

Einreichende: Karla Zierold (jugendpolitische Sprecherin), Jette Luise Bohlen, Leon Hentschel (jugendpolitischer Sprecher)

Unterstützende: BG Linksjugend Leipzig Nordstern, SDS Leipzig, Jasper Frech , Aleksander Domaszewicz, Georg Grünewald, Franziska Kage, Julia Aigner, Tjark Delfs, Robby Aydin, Nikita Tiunin, Gregor Clewing, Mara Luise Günzel

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Im Wahlkampf um das Oberbürgermeisteramt tritt die Leipziger Linke und ihre Kandidatin Skadi Jennicke mit klarer antimilitaristischer Haltung auf. Konkret bedeutet das:

- Klares Bekenntnis zu den Bundesbeschlüssen der Partei die Linke: Ablehnung von Waffenlieferungen und jeglichen Aufrüstungsplänen in Leipzig und bundesweit.
- Solidarität und aktive Unterstützung im Wahlkampf von antimilitaristischen Protesten und Bewegungen in Leipzig. Beispielsweise durch Teilnahme an den Protesten gegen die geplante Covenant-Fabrik.
- Die Ablehnung jeglicher Waffenfabriken, Musterungszentren und anderer Institutionen, Veranstaltungen oder Betriebe, die zur Militarisierung und ihrer Normalisierung in der Gesellschaft beitragen, speziell innerhalb Leipzigs, aber auch

im gesamten Bundesgebiet.
- Einsatz für eine Ausweitung der Beratungsangebote zur Kriegsdienstverweigerung von der Partei Die Linke oder zivilgesellschaftlichen Organisationen wie der DFG-VK.
- Die genannten Punkte werden im Wahlkampf aktiv, auch für die Öffentlichkeit sichtbar, aufgegriffen, beispielsweise bei Posts in den sozialen Medien oder in Pressemitteilungen.

Dabei gilt der Grundsatz, dass ein linker Antimilitarismus sich für universelle Menschenrechte und die Einhaltung des Völkerrechts stark machen muss.

Begründung:

Auf dem letzten Stadtparteitag betonte unsere Oberbürgermeisterkandidatin Skadi, dass Leipzig Friedenstadt sei und bleiben müsse. Im Entwurf zum Wahlprogramm steht außerdem bereits: „Die Ansiedlung von Rüstungsproduktion in Leipzig lehne ich konsequent ab.“ Diese Haltung begrüßen und unterstützen wir sehr. Auf dem letzten Stadtparteitag wurde auch bereits der Beschluss A12: „Keine Profite mit Blut und Tod – Leipzig bleibt Friedensstadt: Die Linke mobilisiert gegen die Ansiedlung von Rüstungsunternehmen!“ angenommen.
Anschließend hieran möchten wir die Wichtigkeit im OBM-Wahlkampf nochmals festigen.
Wir halten es zusätzlich für notwendig die Haltung zu Militarisierung im Generellen zu konkretisieren, da es in den vergangenen Wochen zu Äußerungen unserer Kandidatin kam, speziell in einem Interview von Mephisto976 am 04.10.2026, die im Gegensatz zu beschlossenen Positionen der Partei die Linke und einer konsequenten antimilitaristischen Positionierung im Wahlkampf stehen. Hierin wird zwar die Rüstungsproduktion in Leipzig abgelehnt, jedoch eine generelle Notwendigkeit gesehen, dass „wir uns”[1], in Anbetracht der „angespannten Situation in Europa“[1], „als Land auch in irgendeiner Form verteidigungsfähig machen müssen“[1]. Wir halten diese Aussage für gefährlich, insbesondere in einer Zeit, in der eben jenes Argument für die Wiedereinführung der Wehrpflicht sowie die starke Investition in die Rüstungsindustrie und als Argument für den Abbau des Sozialstaats, welcher so als nicht mehr finanzierbar dargestellt wird, genutzt wird. Auch als sie auf das Thema der Solidarität mit der Ukraine angesprochen wird, spricht sie sich für Waffenlieferungen aus[2], wodurch sie gegen die aktuelle Beschlusslage der Partei Die Linke verstößt.
In diesem Sinne möchten wir mit dem Antrag bestehende Beschlüsse bestärken und nachschärfen.

Quellen:

https://www.mixcloud.com/mephisto976/direkt-covenant-einweihung-sellerh%C3%A4user-viadukt-und-obm-kandidatin-skadi-jennicke-05102026/

Gesamtes Interview mit Skadi Jennicke am 04.10.2026: Minute 35:07-48:40
[1] Minute 43:25-43:34
[2] Minute 44:35-45:20

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

Dringlichkeitsanträge zur 2. Tagung des 10. Stadtparteitages

DA1: Gestern gefeiert, heute gefeuert: Prekarität am Leipziger Schauspiel und an allen Kulturstätten per Tarifvertrag beenden!

Einreichende: AG Demokratische Linke, SBV Süd

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Die Linke Leipzig drückt den Beschäftigten am Schauspiel Leipzig ihre vollste Solidarität und Unterstützung für ihre Forderungen für bessere Arbeitsbedingungen aus. Wir unterstützten die notwendigen Arbeitskampfmaßnahmen für die Neuverhandlung des Tarifvertrags NV Bühne.

Dass mit einem Wechsel der Intendanz über 2/3 der Schauspieler*innen gehen sollen ist mit unserer Vorstellung von Gerechtigkeit und guten Arbeitsbedingungen, auch in der Kulturbranche, unvereinbar. Die regelmäßige Befristung dieser Beschäftigten auf lediglich ein Jahr führt zu einer sehr hohen Abhängigkeit. Solche Abhängigkeiten können und werden auf verschiedenste Weisen ausgenutzt. Dem vermehrt auftretenden Machtmissbrauch ist durch eine Stärkung der Beschäftigtenrechte der Boden zu entziehen.

Die Schwestergewerkschaften BFFS, GDBA und VdO haben vier zentrale Forderungen aufgestellt. Bei einer Nichtverlängerung eines Vertrages muss eine Abfindung gezahlt werden. Ein Intendanzwechsel darf kein alleiniger Grund für eine Kündigung sein. Eine gewisse Quote von Beschäftigten muss auch bei einem Intendanzwechsel am Standort verbleiben. Betriebs- und Personalräte, Menschen in der Elternzeit, erkrankte Menschen und Menschen in der Carearbeit brauchen einen wirksamen Schutz. Diese zentralen Forderungen, die für alle Kulturstätten gelten sollen, unterstützen wir.

Der Mut der Beschäftigten, ihren Tarifvertrag zu kündigen, beeindruckt uns. Er gibt uns die Hoffnung, dass Menschen die gegebenen Verhältnisse nicht als unveränderlich ansehen. Wir Linke begleiten und fördern solche Prozesse der Selbstermächtigung.

Wir bitten unsere Kulturbürgermeisterin und Oberbürgermeisterkandidatin Dr. Skadi Jennicke, den Beschäftigten unsere Unterstützung zu übermitteln und die Tarifverhandlungen im Rahmen der Möglichkeiten ihres Amtes zugunsten der Beschäftigten zu begleiten. In ihrer möglichen Amtsführung als Oberbürgermeisterin wünschen wir uns, dass Skadi weiterhin der Kulturbranche verbunden bleibt und sich persönlich für eine eklatante Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten einsetzt. Leipzig soll Modellstadt für das Ende der Prekarität im Kultursektor sein.

Begründung der Dringlichkeit:

Der Streik der Beschäftigten des Leipziger Schauspiels hat erst nach der Antragsfrist für den Stadtparteitag stattgefunden. Der übliche zeitliche Ablauf von Tarifverhandlungen legt nahe, dass eine Befassung erst auf dem folgenden Parteitag dem Zweck des Antrages zuwiderlaufen würde, da die Tarifverhandlungen dann vermutlich abgeschlossen sein werden.

Begründung:

erfolgt mündlich

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

DA2: Gemeinsam stark gegen Spaltungsversuche von außen – Solidarität mit Vanessa Emde

Einreichende: Franziska Kage, Robby Aydin, Georg Grünewald, Alli Zahn, Sascha Göttert, Jeremy Sánchez Martinez

Unterstützende: Adelheid Latchinian, Wolfgang Denecke, Sámuel Bachor, Israel Encina, Leon Hentschel, Noah Groß, Stefan Nagel, Leyla Kluge, Kai Knappik, Clemens Elm, Beeke Melcher, Christoph Zander, Julia Aigner, Lucien Pinsch, Nora Scharbach, Lisa Witt, Mohtashim Bukhari, Tjark Delfs, Benjamin Berndt, Leonore Bruckschlegel, Jette Luise Bohlen, Gregor Clewing, Mara Luise Günzel

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

In unserer Partei gilt das Credo: „Ein Angriff auf eine*n von uns ist ein Angriff auf uns alle“. Die Partei Die Linke Leipzig solidarisiert sich daher mit unserer direkt gewählten Berliner Abgeordneten Vanessa (Vedi) Emde, die in den letzten Wochen eine hemmungslose Hetzkampagne über sich ergehen lassen musste und von ihrer eigenen Partei statt Rückendeckung vor allem Entsolidarisierung erfahren hat.

Was die letzten Wochen in Berlin gezeigt haben: Es gibt in der Linken große Defizite beim Umgang mit Druck aus Politik und Medien. Sicher gab es auch von Vedi die eine oder andere kritikwürdige Handlung. Doch der Fehler, Spaltungsversuchen von außen, wie den Antisemitismusvorwürfen gegen Vedi, nicht von Anfang an konsequent eine Absage erteilt zu haben, hat die jetzige Situation erst möglich gemacht. Sollte die Linke in den nächsten Jahren weiter wachsen und weitere Wahlsiege erzielen, werden diese Angriffe nicht weniger werden, sondern weiter zunehmen. Deshalb wollen wir aus diesen Fehlern in Berlin lernen, damit wir die Fehler nicht in Leipzig wiederholen.

Die Partei Die Linke Leipzig ruft ihre Mitglieder, Funktionsträger*innen sowie Vertreter*innen in Bund, Land und Stadt auf, mediale Hetzkampagnen oder Ausschlussgesuche gegen Mitglieder nicht zu unterstützen oder zu befeuern und bei solchen Spaltungsversuchen von außen den innerparteilichen Austausch zu suchen, um eine gemeinsame Strategie zu entwickeln. Auch Koalitionsgespräche rechtfertigen dabei keine strategischen Abwägungen der Entsolidarisierung mit Genoss*innen. Alle unsere Genoss*innen – egal, ob sie ein Amt innehaben und wenn ja, welches – verdienen unsere Solidarität bei Angriffen, medialen Hetzkampagnen oder Repressionen. Egal, ob im Wahlkampf, in Sondierungen oder im Alltag.

Mit Blick auf die kommenden Monate in Leipzig bedeutet das auch, unserer Kandidatin Skadi bei potentiellen Angriffen durch Politik und Medien zur Seite zu stehen, während innerparteiliche Konflikte einen Raum für kritisch-solidarischen Austausch bekommen.

Der Stadtvorstand wird beauftragt, bei innerparteilichen Streitigkeiten, repressionsfreie Räume für innerparteilichen Diskurs zu schaffen. Insbesondere bei emotional und kontrovers diskutierten Themen ist ein geschützter Raum für offenen Diskurs die Grundvoraussetzung, um der Verhärtung von Fronten entgegenzuwirken und Lagerdenken abzubauen.

Zusätzlich soll sich der Stadtvorstand über die Stadtgrenzen hinaus in Land und Bund für einen solidarischen innerparteilichen Umgang mit Mitgliedern (gemäß dieses Antrages und des Beschlusses A6 NEU von der 1. Tagung des 10. Stadtparteitags am 04.10.26) einsetzen. Dabei soll mindestens das Gespräch mit dem Parteivorstand, dem Berliner Landesvorstand sowie der Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses gesucht werden.

Des Weiteren wird der Stadtvorstand beauftragt, mit Vedi und dem Bezirksverband Neukölln zu erörtern, inwieweit Vedi als fraktionslose Abgeordnete von Leipzig aus unterstützt werden kann, falls eine solche Unterstützung erwünscht ist.

Begründung der Dringlichkeit:

Am 24.11.26 wurde Vanessa Emde aus der Fraktion in Berlin ausgeschlossen. Die Auswirkungen der politischen Auseinandersetzungen in Berlin nehmen Einfluss auf unsere politische Arbeit in Leipzig. Seitdem erleben wir Austritte aus dem Stadtverband und werden von Genoss*innen kontaktiert, die um ihre Parteimitgliedschaft ringen. Zum Zeitpunkt des Antragsschlusses am 25. Oktober war die Zuspitzung dieser Situation und die Auswirkungen auch auf Leipziger Genoss*innen noch nicht absehbar.

Begründung:

Zur Bundestagswahl 2025 warb unsere Partei mit dem Slogan „Alle wollen regieren. Wir wollen verändern.“ und gewann damit die Herzen und Köpfe arbeitender Menschen. Schon eineinhalb Jahre später offenbart sich unseren Wähler*innen und Mitgliedern leider ein anderes Bild: Wenn die Macht zum greifen nahe ist, ist die Parteiführung scheinbar bereit, alles zu tun, um regieren zu können. Das können alle sehen und es schadet unserer Partei und der linken Bewegung als Ganzes.

Wir stehen solidarisch an der Seite von Vanessa (Vedi) Emde, die kurzerhand von Teilen ihrer eigenen Partei zur Verhandlungsmasse in Koalitionsgesprächen erklärt wurde und von Teilen ihrer eigenen Fraktion als lästiges Anhängsel betrachtet wird, das man loswerden müsse, um sich Regierungsplätze zu sichern. Ein solidarisches Miteinander sieht anders aus. Wenn „niemals allein, immer gemeinsam“ zur leeren Phrase wird, die man bedenkenlos über Bord werfen kann, sobald SPD und Grüne Fraktionsausschlüsse fordern, schadet das uns allen. Es macht uns alle unglaubwürdig.

Unsere Wahlergebnisse und damit verbundene Umfragen zeigen eines ganz klar: Die Grundsätze, die wir jetzt über Bord werfen, sind die Grundsätze, die uns erst zum Wahlsieg verholfen haben. Direktkandidat*innen, die vor der Wahl offen palästinasolidarisch auftraten, wie Vedi Emde oder Martha Kleedörfer konnten damit herausragende Wahlsiege erringen und machten das Wahlergebnis der LINKEN erst möglich. Das ist kein Zufall. Laut einer Umfrage von infratest.dimap finden 60 % der Berliner*innen es gut, dass die LINKE deutliche Kritik an der israelischen Regierung äußert. Unter unseren Wähler*innen waren es sogar 88

% [1]. Selbst die Grüne Jugend und über 150 antizionistische Jüd*innen widersprachen der Antisemitismus-Kampagne der anderen Parteien und der bürgerlichen Presse gegen die LINKE. Und dennoch lassen Teile unserer Partei - besonders in den Führungsriegen in Berlin und im Parteivorstand - sich auf dieses falsche Spiel ein. Wenn SPD und Grüne sagen: „Schmeißt Vedi raus, dann dürft ihr regieren!“, dann springt die Parteiführung über jedes Stöckchen? Das ist der Skandal - nicht die Positionen von Vedi.

Aber was wurde Vedi denn überhaupt vorgeworfen?

Vedi hat gesagt, dass Staaten kein Existenzrecht haben, stattdessen haben Menschen ein Recht zu existieren. Damit steht sie mit beiden Beinen fest auf den Grundsätzen des Völkerrechts, welches laut der deutschen Verfassung (§25 GG) noch über deutschen Gesetzen steht. Es gibt im Völkerrecht kein Existenzrecht von Staaten. Stattdessen haben Staaten die Rechte der Menschen zu respektieren. Auch das ist eine Lehre aus Nazi-Deutschland.

Vedis Bekenntnis zum Völkerrecht wurde absurderweise als Beleg für eine vermeintlich menschenfeindliche Position herangezogen. Was dieser Vorwurf stattdessen zeigt: Dass jene, die ihn formulieren, entweder selbst keine Ahnung vom Völkerrecht haben, oder schlimmer noch, staatliche Interessen ganz bewusst über die Rechte der Menschen stellen. Auch dass dieser Vorwurf als Druckmittel benutzt wird, um die Forderungen der Linken in Koalitionsgesprächen herunter zu handeln, wird in dem Verhalten von SPD und Grünen deutlich. Auf solche Spielchen darf sich die LINKE niemals einlassen, sonst verliert sie ihre Glaubwürdigkeit und damit die Herzen und Köpfe der Menschen, für die sie Politik machen möchte.

Dass die Fraktion in Berlin Vedi nun ausgeschlossen hat, ist nur der traurige Höhepunkt der Causa Emde. Problematisch wird es jedoch bereits dann, wenn der solidarische Umgang mit Genoss*innen ausgesetzt wird, weil man es für strategisch klüger hält, sie für Koalitionsgespräche zu opfern. Solidarität ist für uns keine Frage der Strategie. Solidarität, die zurückgenommen oder ausgesetzt wird, wenn es unbequem wird, war von Anfang an keine echte Solidarität.

Lasst uns ein Zeichen der Solidarität setzen und uns verpflichten, dieses Verhalten in Leipzig nicht zu wiederholen. Unsere Vertreter*innen in Bund, Land und Stadt sind keine Verhandlungsmasse für Koalitionsgespräche. Egal, wie wir zu einzelnen Positionen von Genoss*innen stehen – Kritik an ihnen und ihrem Handeln rechtfertigt nicht, Hetzkampagnen und Ausschlüsse gegen sie zu unterstützen. Wir fordern stattdessen innerparteilichen Diskurs und Solidarität gegen Spaltungsversuche von außen.

[1] https://www.tagesschau.de/inland/landtagswahlen/berlin/2026/linke

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt: